

1. **Poul Nyrup Rasmussen, Präsident der Sozialdemokratischen Partei Europas, über die Reformvorstellungen europäischer Sozialdemokraten:**

- Reformen seien erforderlich, um sich den Herausforderungen der Globalisierung, des liberalisierten Handels und einer alternden Bevölkerung zu stellen.
Anmerkung: Es ist intellektuell enttäuschend, wie unreflektiert diese angeblichen Herausforderungen als Prämissen für eine neue Programmatik übernommen werden, so als wäre der liberalisierte Handel oder die Globalisierung nicht politisch gewollt und geprägt und als wären sie nicht gestaltbar, wie Rasmussen am Ende seines Beitrags selber einräumt.
- Der Schlüssel zu unserer Modernisierungsagenda in Europa werde darin bestehen, „die Menschen und nicht die bestehenden Arbeitsplätze zu schützen“. Deshalb gehe es um
 - „Flexicurity“, eine Verbindung von Flexibilität und Sicherheit,
 - Lebenslanges Lernen,
 - bessere Integration benachteiligter Gruppen (Einwanderer, Alleinerziehende, Alte),
 - die Vereinbarkeit von „Mutterfreuden“ und Beruf,
 - mehr Gleichberechtigung,
 - massive Investitionen, um wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen (Öffentliche und private Gelder müssten in Forschung und Innovation, in die Verbesserung von Kompetenzen und Qualifikationen, in die Kinderbetreuung, in nachhaltigen Verkehr und erneuerbare Energie gesteckt werden.),
 - eine nachhaltige Umweltpolitik und eine Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien, kurz um eine „smartere“ Wirtschaft,
 - eine freie Marktwirtschaft mit einer integrierten Gesellschaft zu verbinden,
 - „Global Governance“.
- „Ein sozialdemokratisches Programm für eine globalisierte Wirtschaft beginnt

mit der Modernisierung und Stärkung unserer Wohlfahrtsstaaten, wodurch eine größere wirtschaftliche Flexibilität erreicht und allen Menschen eine Gelegenheit geboten wird, Nutzen aus den neuen Möglichkeiten zu ziehen.

Eine Reform des Sozialstaats und des Arbeitsmarkts muss mit nationalen und europäischen Investitionen in Beschäftigung und Wachstum und einer besseren europäischen Koordination der Wirtschaftspolitik einhergehen.

Auf weltweiter Ebene muss die wirtschaftliche Globalisierung dadurch besser gestaltet werden, dass die WTO mit den globalen Finanz- und Uno-Gremien zusammenarbeitet.

Die Demokratie muss innerhalb der Europäischen Union und, wichtiger noch, auf einen globalen politischen Dialog erweitert werden, bei dem sowohl die Bürger und Bürgerinnen als auch die Regierungen einbezogen werden.“

Ich empfehle die Lektüre dieses Grundsatzartikels vor allem deshalb, weil diese Programmatik künftig in vielen Grundsatzreden von Sozialdemokraten wieder zu finden sein wird.

Den NachDenkSeiten werden sich also noch viele Gelegenheiten bieten, sich damit im Detail auseinander zu setzen.

Quelle: [Handelsblatt](#)

2. Medienexperte Weischenberg zur inzwischen doch fraglicher gewordenen Übernahme von Pro Sieben-Sat 1 Media durch Springer:

Diese Art von Machtzusammenballung gibt es in keinem anderen Land der Welt, crossmedialer Art, nicht in Italien, nicht in England und den USA.

Quelle: [FR-online](#)

Die „Kommission zur Ermittlung der Medienkonzentration“ KEK hat zwar die Fusion heute abgelehnt. Doch Bayern und NRW wollen die Empfehlung ablehnen, sie stellen ihre Standortinteressen über die für die demokratische Entwicklung lebensnotwendige Meinungsvielfalt.

Quelle: *Nicht mehr erreichbar (23.08.2006)*

3. Die Macht von BILD

Quelle: *MDR Nicht mehr erreichbar (23.08.2006)*

4. Michael Sailer, Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission (RSK) erinnert daran, dass "eine Kernschmelze bei keinem deutschen AKW völlig

ausgeschlossen werden kann“.

Quelle: *FR-online Nicht mehr erreichbar (23.08.2006)*

5. **Das Bett als Beweis für die Anspruchsberechtigung auf Alg II**

Quelle: [Focus](#)

6. **Bsirske: Investitionsprogramm bringt keinen Wachstumsschub**

Der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di hat das von der Bundesregierung beschlossene Investitionsprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro als zu zaghaft kritisiert.

“Wenn man das 25-Milliarden-Programm sich anguckt, verteilt es sich über vier Jahre, also jährlich sechs Milliarden, eingerechnet das Elterngeld, Steuererleichterung für die Wirtschaft und anderes, alles Mögliche, aber kaum Investitionen.”

Quelle: [dradio.de](#)

Weil die Bundesregierung zum wiederholten Male ihr Investitionsprogramm als Großtat feiert, bleibt uns nichts anderes übrig als zu wiederholen, dass es sich dabei um eine Mogelpackung handelt.

Quelle: [Freitag](#)

Siehe auch geteiltes Echo.

Quelle: *Nicht mehr erreichbar (23.08.2006)*